

18.06.2020

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

zu dem Verordnungsentwurf
der Landesregierung
Vorlage 17/3241

**Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Selbstüberwachungsverordnung
Abwasser**

Berichterstatter: Abgeordnete Dr. Patricia Peill

Beschlussempfehlung:

Dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser
- Vorlage 17/3241 - wird unverändert zugestimmt.

Datum des Originals: 18.06.2020 / Ausgegeben: 19.06.2020

Bericht

Der Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser - Vorlage 17/3241 - wurde gemäß § 85 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtags mit der Maßgabe an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz federführend sowie zur Mitberatung an den Ausschuss Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen überwiesen, dass dem Plenum eine Beschlussempfehlung vorgelegt wird. Auf die Unterrichtung des Präsidenten mit der Drucksache 17/9005 wird verwiesen.

Laut Bericht der Landesregierung diene die Änderungsverordnung der Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur „Dichtheitsprüfung in Wasserschutzgebieten in begründeten Verdachtsfällen zum Schutz des Grundwassers und der Grundstückseigentümer“ vom 19.12.2019 (LT-Drs. 17/8107). Eine verpflichtende Funktionsprüfung privater Abwasserkanäle (Dichtheitsprüfung) solle hiernach nur bei Neubauvorhaben, bei wesentlichen Änderungen und in begründeten Verdachtsfällen vorgesehen sein. Bestehende Regelungen zur Prüfung industrieller oder gewerblicher Abwasseranlagen sowie über abgelaufene gesetzliche Fristen blieben von der vorliegenden Änderung unberührt. Weiterhin werde für sogenannte „verschwenkende Wasserschutzgebiete“ eine Befreiungsmöglichkeit eingeführt.

Beratung und Abstimmung

Am 26. Mai 2020 wurde vom federführenden Ausschuss zu diesem Verordnungsentwurf eine öffentliche Anhörung mit folgenden Sachverständigen durchgeführt:

Eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Dr. Peter Queitsch	17/2689
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln		
Landkreistag Nordrhein- Westfalen Düsseldorf		

Eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Stadtentwässerungsbetriebe Köln - AöR Otto Schaaf Köln	Otto Schaaf	17/2680
Verbraucherzentrale NRW e.V. Düsseldorf	Fatma Öksüz Petra Niesbach	17/2663
Paul Kröfges BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband NRW e.V. Windeck	Paul Kröfges Dr. Manfred Dümmer	17/2583
BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. Landesgruppe Nordrhein- Westfalen Düsseldorf	Professor Dr. Lothar Scheuer Dr. Arnt Baer	17/2699
Haus & Grund Rheinland Westfalen Erik Uwe Amaya Düsseldorf	Erik Uwe Amaya	17/2702
Bürgerinitiative „Alles dicht in NRW“ Werner Siegfried Genreith Nideggen	Werner Siegfried Genreith	17/2654

Weitere Stellungnahmen:

Deutscher Mieterbund Nordrhein Westfalen e. V.

17/2697

Auf das vorliegende Ausschussprotokoll **17/1017** wird verwiesen.

Die beiden Ausschüsse Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen haben in einer gemeinsamen Sitzung am 10. Juni 2020 den Verordnungsentwurf – Drucksache 17/3241 – beraten und in getrennten Abstimmungen

jeweils mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unverändert zugestimmt.

Dr. Patricia Peill
Vorsitzende